

Fraktions-Briefing

Wir wollen Deutschland voranbringen.

Mit diesem Motto starten wir in die kommenden Sitzungswochen. Die Arbeitskoalition von Union und SPD ist voll in Fahrt, **wir haben in der Sache viel auf den Weg gebracht**: Von den 62 Maßnahmen, die im Koalitionsausschuss am 28. Mai verabredet worden sind, wurden mit Stand 3. September 47 vom Kabinett beschlossen. Von den gesetzlich umzusetzenden Maßnahmen sind neun Maßnahmen bereits in Kraft getreten. Hierzu gehören u.a.: der Investitionsbooster, die Unternehmensteuerentlastung, die TK-Netzausbaubeschleunigung sowie die Verlängerung der Mietpreisbremse. Des Weiteren sind durch Kabinettsbeschluss oder Ministerentscheid bspw. die Abschaffung der Gasspeicherumlage, der Zuschuss zu den Netzentgelten, die Verstetigung der Absenkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft, der Bauturbo, die Bekämpfung der Schwarzarbeit, die Hightech Agenda für Deutschland, die Verlängerung der Haltelinie bei der Rente, die Erhöhung der Pendlerpauschale, die Umsatzsteuerermäßigung in der Gastronomie, die Vollendung der Mütterrente sowie die Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückvergütung auf den Weg gebracht. Die parlamentarischen Beratungen werden nun entsprechend durchgeführt. Auch die sicherheitspolitische Lage zeigt, es liegen herausfordernde Wochen vor uns.

Die Bundesregierung drängt die **illegale Migration** zurück. Die Asylbewerberzahlen haben sich deutlich reduziert. Seit dem 8. Mai gab es 10.000 Zurückweisungen von illegalen Migranten an deutschen Grenzen. Die Zahl der Asylersuchen ist im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um 60 % gesunken.

Das hohe Arbeitspensum zeigt sich auch an der Tagesordnung des Plenums in dieser und den kommenden Sitzungswochen. Hier sind verschiedene Gesetzesabschlüsse, aber vor allem viele 1. Lesungen geplant.

Aktuelle Themen der Sitzungswoche

Weitere Wachstumsimpulse für unsere Wirtschaft – Abschaffung der Gasspeicherumlage und Möglichkeit des Einsatzes von CCS, weitere energiepolitische Maßnahmen

In dieser Woche bringen wir eine Reihe von Gesetzen zur Umsetzung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung auf den Weg. Mit der Einbringung eines Gesetzes zur Abschaffung der Gasspeicherumlage gehen wir einen ersten Schritt zur Entlastung bei den Energiekosten. Wir entlasten Haushalte und Unternehmen um insgesamt rund 3,4 Mrd. Euro. Für einen Vier-Personen-Haushalt bedeutet das je nach Verbrauch eine Entlastung von etwa 30 bis 60 Euro pro Jahr. Indirekt sinken zudem auch die Stromkosten, da Gaskraftwerksbetreiber ebenfalls von der Maßnahme profitieren. Die weiteren Gesetze zur Senkung des Strompreises ab 1. Januar 2026 werden folgen. Im Sinne unseres Industriestandortes und des Klimaschutzes bringen wir ein novelliertes Kohlendioxid-Speicherungsgesetz ein. Mit CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilization) kann CO₂ abgetrennt werden, bevor es in die Atmosphäre gelangt. Diese Verfahren sind insbesondere für schwer vermeidbare CO₂-Emissionen von großer

Bedeutung, etwa bei der Zement- oder Kalkproduktion. Wir verbessern hierfür den Rechtsrahmen, etwa für den Bau einer CO₂-Transportinfrastruktur. Eine Länderöffnungsklausel ermöglicht zudem freiwillig Onshore-Speicherung. (Für in Deutschland entstandene Kohle-Emissionen bleibt der Zugang zur Infrastruktur ausgeschlossen). Darüber hinaus werden wir zwei Energiegesetze einbringen, um den Verbraucherschutz im Energiebereich zu stärken und die Digitalisierung, den Ausbau der Stromnetze sowie der Windenergie auf See zu beschleunigen.

Stärkung und Entbürokratisierung der Pflege

In dieser Woche stehen die 1. Lesung des Gesetzes zur Befugnisenerweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (ehemals Pflegekompetenzgesetz) und des Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung (Pflegefachassistenteneinführungsgesetz) an. Die beiden Gesetzesvorhaben sollen zu einer höheren Pflegequalität bei geringeren Kosten, einem interessanteren Berufsbild und einer einheitlichen Ausbildung führen.

Stärkung der Finanzkraft von Ländern und Kommunen

In diesem Bereich stehen drei erste Lesungen an. Konkret geht es um Begleitgesetzgebung, die aus den zu Beginn der Wahlperiode beschlossenen Grundgesetzänderungen und der Einrichtung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität resultiert. Mit dem Gesetzentwurf zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKiFG) werden die Rahmenbedingungen für die Verausgabung der aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellten 100 Mrd. Euro definiert. Der Gesetzentwurf zur Ausführung von Artikel 109 Absatz 3 Satz 6 und Satz 7 des Grundgesetzes und Änderung anderer Gesetze setzt die Rahmenbedingungen für die Länder, damit sie im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse die neu geschaffene Strukturkomponente von 0,35 % des BIP in Anspruch nehmen können. Dabei wird insbesondere festgelegt, dass die Aufteilung grundsätzlich anhand des Königsteiner Schlüssels erfolgt. Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Sanierungshilfengesetzes wird darüber hinaus die Grundlage geschaffen, dass auch die Sanierungsländer Saarland und Bremen an der neu geschaffenen Strukturkomponente partizipieren können, ohne eine Reduzierung oder gar Rückforderung der durch den Bund gewährten Sanierungshilfen in Höhe von 400 Mio. Euro pro Jahr und Land zu riskieren.

Wir stärken die Cyberabwehr

Die Wirtschaft braucht eine funktionierende und resiliente Infrastruktur, sowohl im physischen als auch im digitalen Bereich. 2024 sind geopolitische und zwischenstaatliche Konflikte mit einer ganzen Bandbreite an Phänomenen im Cyberraum einhergegangen: Desinformation, Hacking, Spionage und Sabotage. Im Bereich der Wirtschaft zählen Ransomware-Angriffe, Ausnutzung von Schwachstellen, offene oder falsch konfigurierte Online-Server sowie Abhängigkeiten von der IT-Lieferkette und in diesem Zusammenhang auch insbesondere Cyberangriffe über die Lieferkette zu den größten Bedrohungen.

Mit dem NIS-2-Umsetzungsgesetz, das in dieser Woche in 1. Lesung im Plenum beraten wird, soll die EU-Richtlinie NIS2 in deutsches Recht überführt werden, um die Cybersicherheit zu stärken. Das Gesetz erweitert die Anforderungen und den Geltungsbereich des Cybersicherheitsgesetzes auf eine größere Anzahl von Unternehmen. Das Instrumentarium des BSI bezüglich der Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen wird entsprechend den Richtlinienvorgaben erweitert und es erhält Aufgaben, um die Bundesverwaltung aktiv bei der Erreichung und Förderung der Sicherheit ihrer Informationstechnik zu unterstützen.

Kreislaufwirtschaft

Diese Woche wird die Koalition in 2./3. Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz) beschließen. In den parlamentarischen Beratungen ist es gelungen, dass keine Prüfpflicht für Online-Plattformen eingeführt wird. Hier braucht es eine europäische Lösung und kein Goldplating. Des Weiteren werden die Wirtschaftsakteure besser in die Entscheidungen der Vollzugsbehörde eingebunden. Hierfür gibt es im ersten Schritt eine ehrenamtliche Altbatteriekommision. In einer begleitenden Entschliebung wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, die immer häufiger durch Batterien ausgelösten Brandereignisse in Entsorgungsanlagen zu reduzieren. Hierfür soll die Einführung eines Pfandsystems geprüft werden und ein Runder Tisch soll weitere Lösungsansätze erarbeiten.

Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“

Am Montag, 8. September 2025, hat sich die Enquete Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ konstituiert und in geheimer Wahl Franziska Hoppermann einstimmig zur Vorsitzenden gewählt. Zur Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde Mechthilde Wittmann bestimmt. Zudem gehören der Enquete Kommission als ordentliche Mitglieder die MdBs Michael Hose, Axel Müller und Lars Rohwer an. Ziel der Enquete-Kommission ist, Entscheidungen und Prozesse der damaligen Zeit aufzuarbeiten, kritisch zu hinterfragen und Lehren für künftige Pandemien zu sammeln.

Als Sachverständige wurden seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Prof. Dr. med. Stefan Kluge (Direktor der Klinik für Intensivmedizin am Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf), Carolin Kubbe (Leiterin der Carl-von-Weinberg-Schule in Frankfurt am Main), Janet Steinbach-Putz (1. Beigeordnete Dezernat Soziales des Landkreises Meißen/Sachsen), Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt (Präsident des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen und Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftspolitik und Angewandte Ökonometrie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum) sowie Prof. Dr. Dipl. phys. Christian Weidner (Präsident des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) benannt.

Geplant ist, bis zum 30. Juni 2027 einen Abschlussbericht vorzulegen; hierzu wird die Enquete-Kommission in der Regel einmal monatlich tagen.

Weitere Beratungen in dieser Sitzungswoche:

- 1. Les. 1. Ges. zur Änderung des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes;
 - 1. Les. 2. Ges. zur Änd. des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes;
 - 1. Les. Ges. zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit;
 - 1. Les. Ges. zur Abmilderung des Trassenentgeltanstiegs bei den Eisenbahnen des Bundes;
 - 1. Les. 11. Ges. zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes;
 - 1. Les. 2. Ges. zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes;
- Beratung der Anträge:
- Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR ASPIDE;
 - Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (UNMISS);
 - Einbringung des Antrags zur Reform der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages;
 - 1. Les. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Kürzung der Kostenpauschale und Erhöhung der Ordnungsgelder;
 - Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – Arbeit für Frieden und Versöhnung sicherstellen – Generationen verbinden

Zitate der Woche:

Jens Spahn zu den anstehenden Reformen: „Es geht doch nicht darum, dass es schmerzhaft wird, es geht darum, dass es wirkt, dass es Wachstum bringt, dass es wieder fairer zugeht im Land.“

Alexander Hoffmann zum AfD-Verbotsverfahren: „Die Grünen geben sich meines Erachtens hier einer ideologischen Illusion hin. Wir werden die Ränder – und da meine ich beide Ränder – nur zurückdrängen können mit echten Lösungen für die Menschen, und zwar bei den Themen, die die Menschen im Moment frustrieren.“

Wer sich zum Fraktionsbriefing anmelden oder abmelden möchte, kann sich gerne mit einer entsprechenden E-Mail an fraktionsbriefing@cducsu.de wenden.